



Uli Grötsch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Generalsekretär der BayernSPD

Uli Grötsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die SPD-Mitglieder
im SPD-Unterbezirk
Weiden-Neustadt-Tirschenreuth

Berlin, 22.11.17

Uli Grötsch, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.342
Telefon: +49 30 227-74064
Fax: +49 30 227-76065
uli.groetsch@bundestag.de

Bürgerbüro:

Bgm.-Prechtl-Str. 27
92637 Weiden
Telefon: +49 961-33011
Fax: +49 961-37397
uli.groetsch.wk@bundestag.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen der CDU/CSU, FDP und Grünen hat uns alle überrascht. Nachdem die FDP die Gespräche ohne erkennbaren Grund beendet hat, steht Deutschland vor einer Situation, die wir so noch nicht hatten:

Als SPD haben wir uns bereits am Wahlabend entschieden, als Resultat der historischen Wahlniederlage vom 24. September in die Opposition zu gehen. Zu dieser Entscheidung haben wir und habe ich aus der Partei fast ausnahmslos Zustimmung erhalten.

Nach dem unerwarteten Ausgang der Sondierungsgespräche sind wir als SPD nun in der Situation, dass die Unionsparteien und die FDP gemeinsam mit Teilen der Medien jetzt eine angebliche „Pflicht“ der SPD zum erneuten Eintritt in eine Große Koalition aus „staatspolitischer Verantwortung“ herbeireden.

Mir ist es ein Anliegen, Euch mit dieser eMail den aktuellen Stand wiederzugeben und auch ein paar Dinge klarzustellen:

Nach der Bundestagswahl 2013, bei der wir mit 25,7% auch schon eine verheerende Niederlage erlitten hatten, haben wir nach einer breiten Debatte und einem Mitgliederentscheid den Gang in die Große Koalition gewagt. Wir hatten einen Koalitionsvertrag geschlossen, in dem mit dem Mindestlohn, der Rente ab 63 und vielen anderen Projekten 90% SPD-Positionen standen.



Von diesen Positionen haben wir in den letzten 4 Jahren beinahe alle umgesetzt. Wir haben damit das Leben der Menschen in Deutschland konkret verbessert. Bei den Wahlen vom 24. September wurde das jedoch nicht honoriert. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass in einer Großen Koalition das Handeln der Regierung als Ganzes gesehen wird und die Menschen (nachvollziehbarer Weise) nicht zwischen SPD-Position und CDU/CSU-Position unterscheiden.

Ich bin der Meinung, dass es in der Demokratie und im Parteien-System zwei große, auf den ersten Blick deutlich voneinander unterscheidbare „Blöcke“ braucht: Auf der linken Seite den „roten Block“, uns, die progressive Kraft im Land und auf der rechten Seite die Konservativen, den Block aus CDU und CSU. Wenn diese beiden „Blöcke“ sich zu sehr annähern (in Form einer Koalition), entstehen an den Seiten Ränder, die in den letzten vier Jahren durch die AfD auf übelste Art und Weise besetzt wurden. Die schädlichen Auswirkungen von dauerhaften Großen Koalitionen kann man auch in anderen europäischen Ländern beobachten, beispielsweise in unserem Nachbarland Österreich.

Würden wir in eine Große Koalition eintreten, würde die AfD als größte Oppositionspartei mehrere Privilegien genießen, wie etwa den Vorsitz im Haushaltsausschuss, der maßgeblich über die Vergabe staatlicher Mittel in Deutschland entscheidet. Auch der Opposition kommt im Gesamtgefüge der parlamentarischen Demokratie eine sehr gewichtige Rolle zu, nicht zuletzt in der öffentlichen Wahrnehmung. Als größte Oppositionspartei hätte die AfD noch ungleich größere Möglichkeiten, sich als „einzig wahre Opposition“ gegen die „Altparteien“ darzustellen, das politische Klima in unserem Land weiter zu vergiften und ihren Hass zu verbreiten. Diese Möglichkeit dürfen wir der AfD auch aus unserer historischen Verantwortung heraus nicht überlassen!

Es sind nicht wir, die diese Situation erzeugt haben: Den Verhandlern der CDU/CSU, der FDP und der Grünen war immer klar, dass wir nicht für die Fortsetzung der Großen Koalition zur Verfügung stehen. Die FDP hat aus purem Egoismus und aus ihrer ganz eigenen Arroganz heraus diese Situation erzeugt. Niemand anders! Nach wie vor kann niemand sagen, warum diese Gespräche eigentlich gescheitert sind!

Es ist die Aufgabe der Bundeskanzlerin und auch des Bundespräsidenten, der FDP gegenüber deutlich zu machen, dass die Verhandlungen ja offenbar schon weit gediehen waren und die FDP jetzt zu allererst in der Pflicht ist, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und sich nicht wie eine beleidigte Leberwurst vom Acker zu machen!! Die SPD ist nicht das Reserverad der FDP und springt immer dann ein, wenn jemand gebraucht wird. Wir haben klare Vorstellungen für die Zukunft dieses Landes, was mich zum letzten und wichtigsten Punkt kommen lässt:

Eine Koalition, egal welche, braucht ein gemeinsames Projekt, braucht gemeinsame Themen, die sie umsetzen will. GEMEINSAMKEITEN also! Wir haben bereits in den letzten beiden Jahren Woche für Woche gemerkt, dass es diese Gemeinsamkeiten zwischen der SPD und der CDU/CSU nicht mehr gibt.



Eine Koalition, in der die Partner nicht für eine gemeinsame Richtung stehen, kann dieses Land nicht nach vorne bringen und in die Zukunft führen. Deswegen ist für mich das wichtigste Argument gegen den erneuten Eintritt in eine Große Koalition, dass es keine gemeinsame inhaltliche Basis für eine Zusammenarbeit gibt. Wir haben in den nächsten Tagen, Wochen und vielleicht Monaten die Aufgabe, den Menschen deutlich zu machen, welche Themen es sind, die eine weitere Zusammenarbeit mit der Union unmöglich sein lassen.

Gerade in unseren Kernthemen wie etwa Arbeit & Soziales, Rente, Familie, Gesundheit, Pflege, Wohnen und vielem mehr. Ich sehe überhaupt nicht, wie wir gemeinsam mit der Union die zentralen Ziele unseres Regierungsprogramms umsetzen könnten. Eine Koalition des Minimalkonsenses würde unsere Glaubwürdigkeit aber erst recht beschädigen!

In den nächsten Wochen und Monaten werden die gescheiterten Jamaika-Koalitionäre und die konservativen Medien versuchen, den Eindruck zu erzeugen, dass die SPD „Schuld“ an der jetzigen Situation ist. Ich bitte Euch: Lasst Euch nicht irritieren und sagt den Menschen in Eurem Umfeld, dass es nicht wir waren, die Deutschland in die jetzige Situation geführt haben.

Ich merke in Berlin, wie nahe die Grünen an der CDU/CSU sind und schließe deshalb ohnehin nicht aus, dass es in diese Richtung zu einer engen Kooperation kommt, wie auch immer diese aussehen wird. Auch für uns Abgeordnete ist die jetzige Situation sehr unübersichtlich. Ich bin deshalb froh, dass wir in den nächsten Wochen einen Bundespräsidenten erleben werden, der zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle sitzt.

Die geschäftsführende Bundeskanzlerin hat am Montag eine Minderheitsregierung ausgeschlossen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch diese Option prüfen werden. Es wird unter Umständen auch notwendig, Sondierungsgespräche zu führen. Ihr könnt Euch aber sicher sein, dass wir in derartigen Gesprächen unmissverständlich deutlich machen werden, weshalb wir keine Basis für eine Fortsetzung der Koalition sehen.

Ja, es ist natürlich richtig, dass am Ende dieses Prozesses Neuwahlen stehen können. Alle sind sich auch im Klaren darüber, welche Risiken eine Neuwahl für alle Parteien mit sich bringt. Aber auch eine eventuelle Neuwahl ist keine Katastrophe, sondern Teil der Demokratie. Auch wenn es sich dabei bislang um einen noch nicht praktizierten Teil der bundesdeutschen Demokratie handelt.

Dieses Schreiben soll Euch zur Orientierung dienen und meine persönliche Einschätzung der jetzigen Situation wiedergeben. Ich bin mir (auch durch viele Zuschriften aus der Nordoberpfalz) im Klaren darüber, dass die Meinungen zum weiteren Vorgehen in der SPD sehr auseinandergehen. Auch deshalb halte ich es für unerlässlich, Euch meinen Standpunkt und den aktuellen Stand der Dinge möglichst zeitnah weiterzugeben.



In den nächsten Tagen werde ich die aktuelle Ausgabe meines Newsletters versenden, in dem ich die nun folgenden Schritte erläutere. Solltet Ihr bis dahin Fragen haben, wendet Euch gerne per eMail oder Telefon an mich persönlich oder meine Büros in Weiden oder Berlin.

Beste Grüße

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Uli Grötsch'.

Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages